

## **Antwort der Partei DIE LINKE. auf die Wahlprüfsteine der Handwerkskammer Halle**

### **1. Das Handwerk plagen Nachwuchssorgen. Was plant Ihre Partei, um die Berufsorientierung für eine duale Ausbildung zu stärken?**

Die Berufsorientierung in den allgemeinbildenden Schulen schafft eine gute Grundlage für die spätere Berufswahl der Jugendlichen. Für sie ist es aber auch wichtig, welche Übernahmechancen und Karrieremöglichkeiten bestehen und nicht zuletzt, welche Arbeitsbedingungen gelten und wie bezahlt wird. Hier sind die Ausbildungsbetriebe gefordert, eine attraktive Ausbildung und Beschäftigung zu bieten.

Der Rahmen für die Berufswahl muss weiter verbessert werden. Das Azubi-Ticket gehört hier dazu. Außerdem will DIE LINKE die Konzentration der Ausbildung in Regional- und Landesfachklassen an zu wenigen Standorten korrigieren. Vor allem aber will DIE LINKE an allen Schulen, die zur mittleren Reife führen, das erfolgreiche Projekt BRAFO weiterführen und bis zur 10. Klasse um weitere Elemente berufspraktischen Unterrichts erweitern.

### **2. Welche Zukunft gibt Ihre Partei der Meistergründungsprämie, der Prämie für ein Schülerferienpraktikum und dem Azubiticket?**

Die Meistergründungsprämie war ein Erfolg. Welcher Bedarf daran weiter besteht, wollen wir mit Vertretern des Handwerks erörtern. Die Wirkung der Prämie für Schülerferienpraktika wollen wir evaluieren. Wir setzen uns für ein gebührenfreies Azubiticket ein.

### **3. Ganz allgemein gefragt: Welche gesamtgesellschaftliche Herausforderung ist für Ihre Partei die wichtigste?**

Derzeit stellt die Bewältigung der Pandemie und ihrer unmittelbaren und längerfristigen Folgen für Wirtschaft und Gesellschaft die dringendste Herausforderung dar. Die Pandemie hat schonungslos offengelegt, wo es in den letzten Jahren gravierende Versäumnisse gab – in den Krankenhäusern, in den Schulen, in den Verwaltungen und bei der Digitalisierung. Die fehlenden Investitionen müssen nachgeholt werden.

Zunächst kommt es aber darauf an, durch schnelle Fortschritte beim Impfen die Eindämmungsmaßnahmen zu beenden und den Menschen ihre vollen Rechte wieder uneingeschränkt zu gewähren. Das bedeutet für Handwerk und Industrie, dass die Rückkehr zur normalen wirtschaftlichen Tätigkeit wieder möglich wird. Bis dahin muss Betrieben, deren Tätigkeit derzeit eingeschränkt oder ganz untersagt ist, schneller und umfassender geholfen werden. DIE LINKE kämpft für ein Grundeinkommen von 1.200 € für Kleinunternehmen, für ein Moratorium für Mietschulden von Gewerbetreibenden und dass bei Wirtschaftshilfen wieder der Umsatzausfall herangezogen wird.